

Inhaltsverzeichnis

15.01.2013 Sitzung des Ausschusses für Schule, Soziales und demographischen Wandel

Sitzungsdokumente

Einladung Ausschüsse

Vorlagendokumente / Antragsdokumente

Top Ö 4	Gesamtschule Alfter / Dependance mit Gesamtschulen in Bonn oder Bornheim	Vorlage: 056/2013-4
	Vorlage	
	Vorlage: 056/2013-4	Vorlage: 056/2013-4
	Anlage 1 - Schreiben der Gemeinde Alfter	
	Vorlage: 056/2013-4	Vorlage: 056/2013-4
	Anlage 2 - Pressemitteilung der Bezirksregierung Köln	
	Vorlage: 056/2013-4	Vorlage: 056/2013-4
	Anlage 3 - Pressemitteilung Stadt Bornheim und Stellungnahme des Bürgermeisters	
	Vorlage: 056/2013-4	Vorlage: 056/2013-4
	Anlage 4 - Beschluss der Schulkonferenz Europaschule	

Einladung



Sitzung Nr.	03/2013
ASS Nr.	1/2013

An die Mitglieder
des **Ausschusses für Schule, Soziales und demographischen Wandel**
der Stadt Bornheim

Bornheim, den 28.12.2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur nächsten Sitzung des **Ausschusses für Schule, Soziales und demographischen Wandel** der Stadt Bornheim lade ich Sie herzlich ein.

Die Sitzung findet am **Dienstag, 15.01.2013, 18:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses Bornheim, Rathausstraße 2**, statt.

Die Tagesordnung habe ich im Benehmen mit dem Bürgermeister wie folgt festgesetzt:

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Gesamtschule Alter / Dependance mit Gesamtschulen in Bonn oder Bornheim	056/2013-4
5	Mitteilung betr. Sachstand der Baumaßnahmen an den städtischen Schulen	
6	Mitteilungen mündlich	
7	Anfragen mündlich	
	<u>Nicht-öffentliche Sitzung</u>	
8	Mitteilung betr. Kündigung Gebäudereinigungsvertrag mit der Firma Universal und Freihändige Vergabe des Reinigungsauftrages	057/2013-6
9	Mitteilungen mündlich	
10	Anfragen mündlich	

Mit freundlichen Grüßen

Gezeichnet: Gabriele Deussen-Dopstadt beglaubigt:
(Vorsitzende/r)


(Stadtoberamtsrat)



Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel	15.01.2013
Rat	24.01.2013

öffentlich

Vorlage Nr.	056/2013-4
Stand	27.12.2012

Betreff Gesamtschule Alfter / Dependance mit Gesamtschulen in Bonn oder Bornheim

Beschlussentwurf Ausschuss Schule, Soziales und demographischen Wandel:

Der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel empfiehlt dem Rat

1. mit der Gemeinde Alfter keine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Ziel der Errichtung einer dreizügigen Dependance der Europaschule Bornheim im Gebäude der derzeitigen Hauptschule in Alfter-Oedekoven abzuschließen,
2. eine Kooperation mit der Europaschule Bornheim und dem Alexander-von-Humboldt-Gymnasium Bornheim für einen Übergang zu Abschlüssen im Sekundarbereich II bei Gründung einer weiterführenden Schule in Trägerschaft der Gemeinde Alfter anzubieten.

Beschlussentwurf Rat:

Der Rat beschließt,

1. mit der Gemeinde Alfter keine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Ziel der Errichtung einer dreizügigen Dependance der Europaschule Bornheim im Gebäude der derzeitigen Hauptschule in Alfter-Oedekoven abzuschließen,
2. eine Kooperation mit der Europaschule Bornheim und dem Alexander-von-Humboldt-Gymnasium Bornheim für einen Übergang zu Abschlüssen im Sekundarbereich II bei Gründung einer weiterführenden Schule in Trägerschaft der Gemeinde Alfter anzubieten.

Sachverhalt

Die Gemeinde Alfter hat am 20.09.2012 bei der Bezirksregierung Köln einen Antrag zur Errichtung einer vierzügigen integrativen Gesamtschule im Ganztagsbetrieb zum Schuljahr 2013/14 gestellt.

In einem Gespräch am 06.12.2012 wurden die Vertreter der Gemeinde Alfter durch die Regierungspräsidentin darüber informiert, dass die geplante Gesamtschule für das Schuljahr 2013/14 nicht genehmigt werden kann. Als Hauptgründe für die Haltung der Schulaufsichtsbehörde sind das Nichterreichen der im vorgeschriebenen Mindestprognosezeitraum von fünf Jahren erforderlichen jährlichen gemeindeeigenen Schülerzahlen sowie die Finanzsituation der Gemeinde Alfter zu sehen.

Seitens der Bezirksregierung wurde als Alternative eine Gesamtschul-Dependance mit den Nachbarkommunen Bornheim oder Bonn vorgeschlagen. Dieses Modell ist auf der Grundlage des 8. Schulrechtsänderungsgesetzes vom 22.11.2012 zwischenzeitlich möglich.

Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung in der Gemeinde Alfter hat der Bürgermeister der Stadt Bornheim in der Vergangenheit wiederholt schriftlich Stellung genommen und die Errichtung einer neuen Gesamtschule ausdrücklich begrüßt sowie keine Bedenken geäußert. Es wurde jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Dependancen aus organisatorischen und schulischen Gründen in die weiteren Überlegungen nicht eingeschlossen werden können. Die Stadt Bornheim hat auch im Zusammenhang mit der Gründung einer Gemeinschaftsschule bzw. der Sekundarschule in Bornheim-Merten die Möglichkeit einer Dependance der Europaschule Bornheim geprüft und nicht umgesetzt.

Bereits in der Sitzung am 04.09.2012 (Vorlage Nr. 382/2012) hat der Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel beschlossen, keine Vereinbarung mit der Gemeinde Alfter hinsichtlich der Anrechnung von Schülerinnen und Schüler aus der Stadt Bornheim beim Anmeldeverfahren zur Errichtung einer Gesamtschule in Trägerschaft der Gemeinde Alfter zum Schuljahr 2013/14 abzuschließen.

Die Stadt Bonn hat sich am 29.11.2012 per Beschluss gegen eine interkommunale Vereinbarung zur Gesamtschule Alfter ausgesprochen.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass bisher die Europaschule Bornheim und das Alexander-von-Humboldt-Gymnasium Bornheim eine Vielzahl von Schülerinnen und Schülern aus dem Wohnbereich der Gemeinde Alfter aufgenommen haben. Im Schuljahr 2012/13 besuchen insgesamt 384 Kinder aus der Gemeinde Alfter diese beiden Schulen (Eingangsklassen des 5. Schuljahres insgesamt 38 Kinder).

Der Rat der Gemeinde Alfter hat am 13.12.2012 beschlossen, zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Bornheim oder der Bundesstadt Bonn abzuschließen mit dem Ziel, eine maximal dreizügige Dependance einer bestehenden Gesamtschule im Gebäude der derzeitigen Gemeinschafts-Hauptschule in Alfter-Oedekoven zu errichten. Mit Schreiben vom 14.12.2012 (siehe Anlage) bittet die Gemeinde Alfter nun den Schulträger der Stadt Bornheim um wohlwollende Prüfung.

Bereits im Vorfeld haben verschiedene Gespräche mit den Fraktionsvorsitzenden, den schulpolitischen Sprechern, der Europaschule Bornheim und der Gemeinde Alfter stattgefunden. Weiterhin stand das Thema auf der Tagesordnung der Schulkonferenz der Europaschule Bornheim am 19.12.2012. Die Schulkonferenz hat sich in dieser Sitzung einstimmig gegen die Errichtung einer Dependance am Schulstandort Alfter-Oedekoven ausgesprochen.

In Übereinstimmung mit der Schulkonferenz der Europaschule Bornheim müssen aus Sicht des Schulträgers der Stadt Bornheim folgende Aspekte bei der Entscheidungsabwägung einfließen:

- Die Qualität des schulischen Angebotes an der Europaschule Bornheim für die Schülerinnen und Schüler aus allen Herkunftskommunen, das breite Fächerangebot und die Wahlmöglichkeiten.
- Die Praktikabilität einer Dependance an zwei Standorten mit zwei Lernorten für Schülerinnen und Schüler, zwei Einsatzorten für Lehrerinnen und Lehrer, geteilte Schulleitungen, zusätzlicher Schülertransport, unterschiedliche Ausstattung der Schulräume.
- Auswirkungen auf andere weiterführende Schulen im Stadtgebiet Bornheim – auch die Sekundarschule Merten und das Alexander-von-Humboldt-Gymnasium Bornheim.
- Die Kostenfolgen für die Stadt Bornheim.
- Die Auswertung der vorliegenden Schulentwicklungspläne und damit die quantitative Versorgung von Schülerinnen und Schülern mit weiterführenden Schulen und Gesamtschulen im regionalen Umfeld.

Nach kurzfristiger Prüfung auf Grundlage der vorgenannten Aspekte sowie Auswertung der hier vorliegenden Daten und Fakten und angesichts der finanziellen Unwägbarkeiten schlägt der Bürgermeister vor, keine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Errichtung einer Dependence der Europaschule Bornheim am Standort Alfter-Oedekoven mit der Gemeinde Alfter abzuschließen.

Um Unsicherheiten bei den Eltern zum Anmeldeverfahren für die weiterführenden Schulen im Februar und März 2013 zum kommenden Schuljahr zu vermeiden, ist eine kurzfristige Entscheidung unabdingbar.

Einer Kooperation zwischen den beiden weiterführenden Schulen im Schulträgerbereich der Stadt Bornheim (Europaschule Bornheim und Alexander-von-Humboldt-Gymnasium Bornheim) im Rahmen der Sekundarstufe II stehen beide Schulleitungen positiv gegenüber. Damit wäre der Schulstandort Alfter für eine weiterführende Schule (z.B. Sekundarschule) in der Sekundarstufe I gesichert und die Fortsetzung der Schullaufbahn bis zum Abitur gewährleistet. Die Konditionen einer solchen Kooperation sind im Bedarfsfall in einem eigenen Beschlussverfahren und einer interkommunalen Vereinbarung zu definieren.

Grundsätzlich ist die Stadt Bornheim als Schulträger zu weiteren Gesprächen und zur regionalen Zusammenarbeit im Bildungsbereich zum Wohle der Schülerinnen und Schüler mit allen Nachbarkommunen bereit und steht gerne für Fragen zur gemeinsamen Schulentwicklungsplanung zur Verfügung.

Finanzielle Auswirkungen

Zurzeit nicht absehbar

Anlagen zum Sachverhalt

1. Schreiben der Gemeinde Alfter vom 14.12.2012 (Anlagen 1.1 und 1.2)
2. Pressemitteilung der Bezirksregierung Köln vom 08.12.2012 (Anlagen 2.1 – 2.3)
3. Pressemitteilung der Stadt Bornheim als gemeinsame Erklärung der Fraktionen des Rates und des Bürgermeisters vom 20.12.2012 (Anlagen 3.1 und 3.2)
4. Beschluss der Schulkonferenz der Europaschule Bornheim vom 19.12.2012 (Anlage 4)

Anlage 1.1

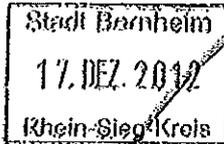
Der Bürgermeister



Gemeinde Alfter, Am Rathaus 7, 53347 Alfter

Fachgebiet 1.4
-Schule, Kultur, Sport und Öffentlichkeitsarbeit-

Stadt Bornheim
Postfach 1140
53308 Bornheim



Auskunft erteilt: Herr Schmeken
Telefon: (0228) 6484-158
Fax: (0228) 6484-199
E-Mail: michael.schmeken@alfter.de
Ihr Zeichen:
Aktenz. (bitte stets angeben):
Datum: 14.12.2012

Gesamtschule Alfter – Dependancenlösung mit Gesamtschulen anderer Gemeinden

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Henseler, *Lieber Wolfgang,*

die Gemeinde Alfter hat am 20.09.2012 bei der Bezirksregierung Köln einen Antrag auf Errichtung einer 4-zügigen integrativen Gesamtschule (Gemeinsamer Unterricht für Schüler/innen mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf) im Ganztagsbetrieb für die Gemeinde Alfter zum Schuljahr 2013/14 gestellt.

Am 6.12.2012 hat Regierungspräsidentin Walsken in einem persönlichen Gespräch die Vertreter der im Rat der Gemeinde Alfter vertretenen Fraktionen und mich darüber informiert, dass die zum Schuljahr 2013/2014 geplante Gesamtschule Alfter nicht genehmigt werden kann, da der Schulentwicklungsplan zu wenig gemeindeeigene Schüler in dem gesetzlich vorgeschriebenen Prognosezeitraum (5 Jahre) ausweist und die Haushaltslage der Gemeinde Alfter zum jetzigen Zeitpunkt die Bedingungen für die Genehmigung einer gemeindeeigenen Gesamtschule als freiwillige Aufgabe nicht zulässt.

Ferner wies die Regierungspräsidentin auf die Möglichkeit einer Dependancenlösung hin. Dieses Modell ist auf Grundlage des 8. Schulrechtsänderungsgesetzes seit dem 22.11.2012 möglich. Danach können kleinere Dependancen einer bestehenden Gesamtschule zugelassen werden. Für die Gemeinde Alfter bestünde daher grundsätzlich die Möglichkeit, eine solche Dependance in den Räumlichkeiten der Hauptschule Oedekoven zu errichten. Voraussetzung ist, dass die Gemeinde Alfter eine Nachbarkommune dafür gewinnt, eine solche Dependance in Alfter einzurichten. Die Nachbarkommune müsste auch nicht an Investitionskosten beteiligt werden.

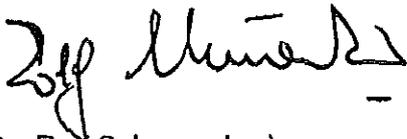
Zu Ihrer Information habe ich den vollständigen Text der Presseinformation 104/2012 der Bezirksregierung Köln meinem Schreiben beigelegt.

Anlage 1.2

Der Rat der Gemeinde Alfter hat die Verwaltung am 13.12.2012 ermächtigt zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Bornheim oder der Bundesstadt Bonn mit dem Ziel abzuschließen, eine maximal dreizügige Dependence einer bestehenden Gesamtschule im Gebäude der derzeitigen Gemeinschaftshauptschule in Alfter-Oedekoven zu errichten.

Ich leite hiermit die Bitte um Errichtung einer Dependence der Bornheimer Gesamtschule am Standort Alfter-Oedekoven mit der Bitte einer wohlwollenden Prüfung weiter. Über eine positive Reaktion würde ich mich sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen



(Dr. Rolf Schumacher)

Anlage 2.1

Bezirksregierung Köln



Presseinformation 104/2012

Köln, 08.12.2012
Seite 1

Pressestelle
 presse@brk.nrw.de
 Telefon: (0221) 147 – 2163
 – 2164
 Fax: (0221) 147 – 3399
 Zeughausstraße 2-10,
 50667 Köln
 www.bezreg-koeln.nrw.de

Keine Genehmigung für eigene Gesamtschule in Alfter - Dependancenlösung möglich

In einem persönlichen Gespräch hat Reglerungspräsidentin Gisela Walsken Bürgermeister Dr. Rolf Schumacher und Vertreter der im Rat der Gemeinde Alfter vertretenen Fraktionen heute darüber informiert, dass die geplante Gesamtschule für das Schuljahr 2013/2014 nicht genehmigt werden kann. Zusätzlich informierte sie über die neue Möglichkeit eine Dependance einer bestehenden Gesamtschule einer anderen Gemeinde in Alfter zu gründen.

Reglerungspräsidentin Gisela Walsken: „Mir war es wichtig offen und transparent über die derzeitige Situation und mögliche Lösungen frühzeitig zu informieren. Dies gilt insbesondere vor dem Engagement und Einsatz von Eltern, Politik und Verwaltung. Zum jetzigen Zeitpunkt kann Alfter die Bedingungen für eine Genehmigung einer gemeindeeigenen Gesamtschule nicht erfüllen. Dies belegt der vorgelegte Schulentwicklungsplan und die angespannte Haushaltslage in Alfter.“

Zu wenig gemeindeeigene Schüler

Der vorgelegte Schulentwicklungsplan weist aus, dass in dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestprognosezeitraum von fünf Jahren die erforderliche Mindestanzahl von jährlich 100 Schülerinnen und Schülern nicht erreicht werden wird. Schon für das Schuljahr 2014/2015 kommt der Schulentwicklungsplan zu dem Ergebnis, dass

Region denken
Praktisch entscheiden



mit nur noch 83 gemeindeeigenen Schülerinnen und Schülern die Mindestschülerzahl deutlich unterschritten wird.

Der Versuch zur Errichtung einer Gesamtschule in Alfter scheiterte bereits im vergangenen Jahr, weil statt der notwendigen 100 nur 89 Kinder angemeldet wurden.

Finanzsituation von Alfter weiterer Hinderungsgrund

Die Bezirksregierung Köln hat bei Schulneugründungsplänen neben den schulrechtlichen Voraussetzungen auch die Frage der Finanzierbarkeit im Rahmen der Kommunalaufsicht mitzuprüfen. Die Gemeinde Alfter verfügt bislang über kein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept. Sie unterliegt damit in ihren Entscheidungen dem Nothaushaltsrecht. Daher kann sie die von ihr selbst mit 11,6 Millionen Euro veranschlagten Investitionen für einen Schulneubau nicht tätigen. Derzeit wären nur sogenannte Pflichtaufgaben zulässig. Bei der Neugründung würde es sich aber um eine freiwillige Leistung handeln. Auch ohne die erforderlichen Investitionen für eine neue Gesamtschule ist der Haushaltsausgleich bis zum Jahr 2022 bisher nicht sichergestellt und würde sich die Gefahr der Überschuldung erhöhen.

Dependancenlösung neue Alternative

Bereits seit 2009 berät die Bezirksregierung Köln die Gemeinde Alfter bei ihren Plänen eine gemeindeeigene Gesamtschule zu errichten. Regierungspräsidentin Walsken stellte den Vertretern aus Politik und Verwaltung heute eine Dependancenlösung vor. „Damit könnte vor Ort ein Gesamtschulangebot realisiert werden. Alfter kann sich bei diesem Lösungsweg auf die Unterstützung der Bezirksregierung

Köln, 06.12.2012
Seite 2

Pressestelle
presse@brk.nrw.de
Telefon: (0221) 147 – 2163
– 2164
Fax: (0221) 147 – 3399
Zeughausstraße 2-10,
50667 Köln
www.bezreg-koeln.nrw.de

Region denken
Praktisch entscheiden



verlassen“, resümiert Walsken. Dieses Modell ist auf Grundlage des 8. Schulrechtsänderungsgesetzes seit dem 22.11.2012 möglich. Danach können kleinere Dependancen einer bestehenden Gesamtschule zugelassen werden. Für die Gemeinde Alfter bestünde daher grundsätzlich die Möglichkeit, eine solche Dependance in den Räumlichkeiten der Hauptschule Oedekoven zu errichten. Voraussetzung ist, dass die Gemeinde Alfter eine Nachbarkommune dafür gewinnt, eine solche Dependance in Alfter einzurichten.

So könnten die Investitionskosten von 11,6 Millionen Euro für einen Neubau gespart werden. Die Nachbarkommune müsste auch nicht an Investitionskosten beteiligt werden. Dies könnte es einer Nachbargemeinde erleichtern eine Kooperation mit Alfter zu schließen. Zugleich würde der Haushalt von Alfter geschont.

Köln, 06.12.2012
Seite 3

Pressestelle
presse@brk.nrw.de
Telefon: (0221) 147 - 2163
- 2164
Fax: (0221) 147 - 3399
Zeughausstraße 2-10,
50667 Köln
www.bezreg-koeln.nrw.de

Region denken
Praktisch entscheiden



Anlage 3.1

Bornheim, 22.12.2012

Erklärung des Bürgermeisters und der Fraktionsvorsitzenden im Rat der Stadt Bornheim zu den Überlegungen einer Dependance der Europaschule in Alfter

Die Gemeinde Alfter hat die Stadt Bornheim am 14.12.2012 gebeten, einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zuzustimmen, mit der die Errichtung einer Dependance der Bornheimer Gesamtschule (Europaschule) in Alfter möglich wird. Hintergrund für diese Bitte ist die Entscheidung der Bezirksregierung Köln, keine Gesamtschule in Trägerschaft der Gemeinde Alfter zu genehmigen. Im Ergebnis eines Prüfungsprozesses kommen der Bürgermeister, die Fraktionsspitzen und die schulpolitischen SprecherInnen und Sprecher zu dem Schluss, dass eine Dependance der Europaschule in Alfter nicht die richtige Lösung darstellt. Zielführend ist stattdessen eine Kooperation zwischen weiterführenden Schulen (auch der Europaschule) und einer zu gründenden eigenständigen Sekundarschule in Alfter. Die gesamte Erklärung finden Sie hier!

Die Gemeinde Alfter hat die Stadt Bornheim am 14.12.2012 gebeten, einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zuzustimmen, mit der die Errichtung einer Dependance der Bornheimer Gesamtschule (Europaschule) in Alfter möglich wird. Hintergrund für diese Bitte ist die Entscheidung der Bezirksregierung Köln, keine Gesamtschule in Trägerschaft der Gemeinde Alfter zu genehmigen.

Die Zusammenarbeit mit der Nachbargemeinde Alfter ist für die Stadt Bornheim wichtig. Und auch die regionale Weiterentwicklung der Bildungslandschaft hat für Rat und Verwaltung einen herausragenden Stellenwert.

Für die Entscheidung des Schulträgers Stadt Bornheim über die Bildung einer Dependance der Europaschule in der Gemeinde Alfter und damit über eine grundlegende Änderung dieser erfolgreichen Schule ist das Votum der Schulkonferenz der Europaschule unverzichtbar. Diese hat am 19.12. getagt und sich eindeutig gegen eine Dependance in Alfter ausgesprochen.

Aus der Sicht der Stadt Bornheim als Schulträger sind in Übereinstimmung mit der Schulkonferenz der Europaschule insbesondere folgende Aspekte abzuwägen und zu prüfen:

die Qualität des schulischen Angebotes an der Europaschule für die SchülerInnen und Schüler aus allen Herkunftskommunen, breites Fächerangebot und Wahlmöglichkeiten;
die Praktikabilität einer Dependance an zwei Standorten: 2 Lernorte für SchülerInnen und Schüler, 2 Einsatzorte für LehrerInnen und Lehrer, geteilte Schulleitung, zusätzlicher Schülertransport;
die Auswirkungen auf andere weiterführende Schulen in Stadtgebiet Bornheim – auch die Sekundarschule Merten und das Alexander-von-Humboldt-Gymnasium;
die Kostenfolgen für die Stadt Bornheim;
die Auswertung der vorliegenden Schulentwicklungspläne und damit die quantitative Versorgung von SchülerInnen und Schülern mit weiterführenden Schulen und Gesamtschulen im regionalen Umfeld.

Im Ergebnis dieses Prüfungsprozesses kommen der Bürgermeister, die Fraktionsspitzen und die schulpolitischen SprecherInnen und Sprecher zu dem Schluss, dass eine Dependance der Europaschule in Alfter nicht die richtige Lösung darstellt.

Zielführend ist stattdessen eine Kooperation zwischen weiterführenden Schulen (auch der Europaschule) und einer zu gründenden eigenständigen Sekundarschule in Alfter. Damit ist der Schulstandort Alfter für eine weiterführende Schule gesichert und die Fortsetzung der Schullaufbahn bis zum Abitur in Kooperation mit Bornheimer Schulen gewährleistet.

Die endgültige Entscheidung wird nach Vorberatung im Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel durch den Rat getroffen. Dennoch ist es nach Auffassung von Bürgermeister und Fraktionsvorsitzenden notwendig, die Öffentlichkeit und vor allem Eltern und Kinder nicht im Ungewissen zu lassen, zumal in den Medien der Eindruck erweckt wurde, als seien die Weichen bereits Richtung Dependance Europaschule gestellt. Die Stadt Bornheim wird eine Entscheidung treffen, bei der die Bildungsqualität für Kinder und Eltern Vorrang hat.

Anlage 3.2

Wolfgang Henseler, Bürgermeister, Petra Heller, CDU-Fraktion, Wilfried Hanft, SPD-Fraktion, Gabi Deussen-Dopstadt, Fraktion Bündnis90/Die Grünen, Christian Koch, FDP-Fraktion, Hans-Gerd Feldenkirchen, UWG/Forum-Fraktion

< zurück zur Meldungsübersicht

Stellungnahme der Schulkonferenz der Europaschule Bornheim auf Anfrage der Stadt Bornheim betreffend der Errichtung einer Dependance der Europaschule in Alfter

Die Schulkonferenz der Europaschule Bornheim spricht sich einstimmig und mit großem Nachdruck gegen die Errichtung einer Dependance in Alfter aus. Die Schulkonferenz bittet den Schulträger dringend von einer entsprechenden Kooperation mit der Gemeinde Alfter abzusehen. Das Vorgehen der Bezirksregierung Köln, der Stadt Bornheim die Errichtung einer Dependance der Europaschule in Alfter zu empfehlen, ohne die Schulgemeinde der Europaschule Bornheim an diesen Überlegungen zu beteiligen, löst Unverständnis und Befremden aus. Die Schulkonferenz bedauert, dass der Gemeinde Alfter trotz engagierter Unterstützung - auch durch die Europaschule Bornheim - die Gründung einer eigenen Gesamtschule versagt wurde und steht in Anerkennung dieser Situation einer Kooperation mit einer alternativ in Alfter zu gründenden Sekundarschule positiv gegenüber.

Begründung

Die Europaschule Bornheim hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 1989 durch intensive Arbeit und mit Unterstützung des Schulträgers zu einer erfolgreichen Schule entwickelt, in der wertvolle pädagogische und fachliche Arbeit geleistet wird. Das lebendige Schulleben ist von einem respektvollen, demokratischen Umgang und einer hohen Identifikation aller Beteiligten mit der Europaschule Bornheim geprägt. Schülerinnen, Schüler, Eltern und Lehrerschaft bilden trotz der Größe der Schule eine Schulgemeinde, in der jede und jeder Einzelne zählt.

Die Errichtung einer Dependance würde die Qualität der pädagogischen und fachlichen Arbeit an der Europaschule massiv und nachhaltig negativ verändern. Die Aufteilung der Schülerinnen, Schüler, Lehrerinnen und Lehrer auf zwei Schulstandorte würde in jedem Fall zu einer irreparablen Schädigung der Schulgemeinde führen.

Die Schulkonferenz der Europaschule Bornheim am 19.12.2012

Inhaltsverzeichnis

03/2013, 15.01.2013, Sitzung des Ausschusses für Schule, Soziales und demographischen Wandel

Sitzungsdokumente

Einladung Ausschüsse 2

Vorlagendokumente

TOP Ö 4 Gesamtschule Alfter / Dependance mit Gesamtschulen in Bonn oder Bornheim

Vorlage 056/2013-4 3

Anlage 1 - Schreiben der Gemeinde Alfter 056/2013-4 6

Anlage 2 - Pressemitteilung der Bezirksregierung Köln 056/2013-4 8

Anlage 3 - Pressemitteilung Stadt Bornheim und Stellungnahme des Bürgerbeirats 11

Anlage 4 - Beschluss der Schulkonferenz Europaschule 056/2013-4 13

Inhaltsverzeichnis 14